



DIE FARBE DIESER ZEIT

**SCHWERPUNKT
GRUNDSATZPROGRAMM**



**Ast. Absägen.
Ihr wisst schon.**

Ohne Industrie kein Wohlstand.

GESAMT**METALL**
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

WIR HABEN ES GESCHAFFT!

Unser neues Grundsatzprogramm ist da.
Ende November in Berlin beschlossen.
Die Grundwerte grünen Handelns.
Der Auftakt zu mehr!

20. bis 22. November 2020, Tempodrom Berlin: Mit dem Beschluss unseres vierten Grundsatzprogramms beginnt eine neue Phase der Partei – sowie eine neue Phase der Politik. Die Bilder auf den folgenden Seiten halten diesen wichtigen Moment in unserer 40-jährigen Geschichte fest.



Michael Kellner, Politischer Bundesgeschäftsführer, über den Kern grüner Politik – und warum das Land eine neue starke Farbe braucht.



An einem Sonntag vor über vierzig Jahren gründeten Frauen-, Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltbewegte in Karlsruhe eine Partei, die antrat, die Politik zu verändern und Farbe in die verstaubte Republik zu bringen. Die Grünen brachen verkrustete Strukturen auf – mit einem

völlig neuen Politikstil. Emotional und plakativ forderte das erste Grundsatzprogramm auf 47 Seiten im Stil eines Magazins die Bonner Republik heraus. Unsere Werte, der Einsatz für Ökologie und eine freie, gleichberechtigte Gesellschaft wurden Leitbilder für die ganze Gesellschaft. Wir haben in den letzten vier Jahrzehnten Veränderungen vorangetrieben und das Gesicht Deutschlands maßgeblich mitgestaltet.

Unsere Grundsatzprogramme wurden stets von der Zeit geprägt, in der sie entstanden sind: aus zwei deutschen Staaten wurde einer, aus den westdeutschen Grünen wurde eine gesamtdeutsche Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aus der Anti-Parteien-Partei wurde im Jahr 1998 eine Regierungspartei im Bund. Und heute sind wir nicht mehr Korrektur zu anderen, sondern erheben einen Führungsanspruch für dieses Land.

Unser Wirken als politische Partei leitet sich aus unseren Grundwerten ab, die wir in den vergangenen drei Jahren mit viel Leidenschaft verhandelt haben. „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit.“ Was für ein großer Satz! Er steht ganz bewusst am Anfang unseres neuen Programms. Das 20. Jahrhundert hat uns mit seinen Menschheitsverbrechen gelehrt, was für Dynamiken entstehen können, wenn wir nicht jedes einzelne Individuum wertschätzen und schützen. Auch heute erleben wir, wie Autokraten gegen Einzelne hetzen, wie sie die individuelle Freiheit bedrohen, um ihre eigene Macht zu verteidigen. Unser Programm ist der Gegenentwurf: Für uns gilt, jeder Mensch kann sich nur entfalten, wenn die Regeln der Gesellschaft so sind, dass alle Menschen sich als Gleiche begegnen.

Von dieser Vision leiten sich unsere fünf Grundwerte ab: Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie, Frieden. Die ökologischen Krisen haben sich seit dem letzten Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2002 weiter verschärft. Unser Handeln muss sich im Rahmen der Grenzen unseres Planeten bewegen. Wir wollen die wachsende Ungleichheit verringern und das Leben der Menschen – und zwar aller Menschen – verbessern. Gerechtigkeit bedeutet für uns mehr als ein Leben ohne Armut. Für viele in unserem Land ist es noch nicht Realität, in Selbstbestimmung zu leben. Die Gesellschaft der vielen mit einer freien Entfaltung ist unser klares Ziel. Ein ebenso zentraler grüner Grundsatz ist die Verteidigung der Demokratie. Über ihren Fortbestand stimmten die Menschen in den USA auf dem Wahlzettel ab. Das Ergebnis gibt Kraft und Hoffnung für Europa.

In einer Welt, in der Gewalt und Krieg herrscht, setzen wir weiter auf die Stärke des Rechts und nicht auf das Recht des Stärkeren. Um den Frieden zu gewinnen, der viel mehr meint als die Abwesenheit von Gewalt, brauchen wir eine erneuerte Europäische Union als eine Föderale Republik Europa.

All diese Werte machen deutlich, wie wir uns definieren – und uns als Partei maßgeblich von allen anderen unterscheiden. Wir geben Orientierung und Halt in Zeiten der Veränderung. Wir wollen eine Epoche der Kooperation, der Bündnisse, der Zusammenarbeit und der internationalen Solidarität einläuten. Wir schreiben Gegenwart nicht einfach linear fort, wir wollen Politik wirklich anders machen. Und wir haben den Anspruch, eine Regierung anzuführen und zu definieren.

Dass wir den Mut haben, Neues zu gestalten, zeigt auch unsere digitale BDK. Als erste Partei in Deutschland überhaupt haben wir einen mehrtägigen virtuellen Parteitag auf die Beine gestellt. Eigentlich war geplant, unser neues Grundsatzprogramm in Karlsruhe, am Ort unserer Parteigründung, mit euch gemeinsam zu verabschieden und zu feiern. Wegen Corona mussten wir den Parteitag ins Netz und Ende Oktober kurzfristig von Karlsruhe ins Berliner Tempodrom verlegen. Weil Demokratie keine Pause kennt, haben wir schon zu Beginn der Coronakrise als Partei auf digital umgestellt. Dass wir mit viel Energie neue politische Räume im Netz schaffen konnten, war möglich, weil wir in den letzten Jahren entscheidende Schritte nach vorne gemacht haben, was die Digitalisierung unserer Parteiarbeit angeht. Auch unser Grundsatzprogramm haben wir weitgehend digital erarbeitet.

Diese BDK war eine ganz besondere in einer Zeit gewaltigen Umbruchs. Einmal mehr können wir fast mit Händen greifen, wie verletzlich die menschliche Zivilisation ist. Wie fragil. Aber auch, welche Kräfte Krisen freisetzen können, wenn wir es zulassen. In einer Zeit, die wir als Krise wahrnehmen, ergreifen wir die Chance, neu zu machen, was nicht mehr funktioniert. Wir haben auf dem Parteitag gezeigt, dass wir verstanden haben. Dass wir Verantwortung übernehmen können und wollen.

Das Programm wendet sich entschieden gegen eine Privatisierung von Politik. Es wäre eine Überforderung des Einzelnen, die Welt einzig mit eigenen Konsumententscheidungen zu retten. Die Aufgabe von Politik ist es, gute Regeln zu setzen.

Es ist, wie in Karlsruhe vor über 40 Jahren, wieder Zeit für Farbe. Für neue Antworten in neuen Zeiten. Gehen wir voran!

MICHAEL KELLNER

geboren 1977 im thüringischen Gera, ist seit dem Jahr 2013 Politischer Bundesgeschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Neben der Außen- und Europapolitik hat er ein besonderes Interesse daran, die lebendige demokratische Kultur der Partei zu pflegen und mit neuen Ideen zu bereichern.

GESTALTEN



Die 45. Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein Wochenende lang diskutierten über 800 Delegierte, aus ihren Wohn- und Arbeitszimmern auf die Videoleinwand ins Berliner Tempodrom zugeschaltet, über die Zukunft Deutschlands und Europas. Ein Novum, auch für unseren Politischen Bundesgeschäftsführer Michael Kellner (oben) und unseren gesamten Bundesvorstand (im Bild unten).



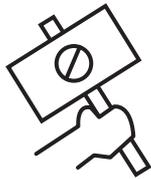


Mehr als drei Jahre haben wir Grüne am neuen Grundsatzprogramm geschrieben – und unendlich viel debattiert. Mit über 3.000 Teilnehmer*innen auf den Konventen des Bundesverbands und bei den Regionalkonferenzen im ganzen Land. Im Dialog mit über 100 Verbänden und NGOs. In sechs Impulsgruppen. Auf unzähligen Veranstaltungen der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften und der Kreisverbände. Mit über 1.300 Änderungsanträgen zum Entwurf des Bundesvorstands. Der digitale Parteitag beschloss das neue Programm – nach drei Tagen und mehr als 80 Abstimmungen.



KÄMPFEN

Rebecca Harms, Gründungsmitglied der ersten Bürgerinitiative gegen das Atommüll-Endlager in Gorleben, über vier Jahrzehnte Widerstand – und wie man mit konkreten Szenarien Menschen überzeugt.



Es war eine großartige Nachricht im September: Der Salzstock Gorleben wird kein Endlager für Atommüll! Ich habe sofort meine alten Freunde aus der Bürgerinitiative angerufen und mit meinem Mann auf den Sieg angestoßen. Im Wendland haben wir oft darüber gesprochen, was uns dieser lange Weg abverlangt, aber auch, was er uns gegeben hat: Wir jauchzten himmelhoch, als im März 1979 Hunderttausende nach Hannover kamen, um unseren Gorlebentreck zu empfangen; ein Häuflein von uns war tagelang mit Traktoren und zu Fuß unterwegs gewesen, um Aufmerksamkeit für die Atommüllfrage zu schaffen. Aber wir waren auch zu Tode betrübt, als wir später erlebten, wie zehntausende Polizist*innen Jahr für Jahr das Wendland besetzten, um Atommülltransporte nach Gorleben durchzusetzen.

Die Gorleben-Bewegung brachte Bürger*innen, Bäuer*innen, Edelleute und Freaks zusammen. Wer glaubt, dass unser Protest gegen das Establishment gerichtet war, der irrt. Wir kamen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen, sind uns politisch längst nicht in allem einig gewesen. Gerade diese Heterogenität der Bürgerinitiative wurde ihre Stärke. Die Anti-Atomkraftbewegung hat die Grünen mit hervorgebracht. Und die Grünen haben mit dem Weg in Parlamente und Regierungen über viele Hürden hinweg wesentlich dafür gesorgt, dass Deutschland diese Hochrisikotechnologie hinter sich lässt.

Die Auseinandersetzung um die Atomkraft war geprägt von heftiger Konfrontation: in der Bewegung, zwischen Bewegung und Partei, zwischen der Minderheit und Mehrheit im Land. Einander zuhören, Toleranz, die Bereitschaft zu streiten, aber auch Argumente von anderen gelten zu lassen: Das war mühsam, aber Teil des Erfolgs und die Voraussetzung dafür, dass wir keine radikale Minderheit blieben, sondern die Zustimmung der Mehrheit bekamen.

Ich streite gern. Unbedingt. Aber ich zweifle auch gern. Denn Politiker*innen können keine Lösungen liefern, wenn sie ihre eigenen Positionen nicht immer wieder überprüfen. Sie können nicht gut sein, wenn sie die Welt und die Menschen nicht mögen, so wie sie sind. In meiner ersten Bewerbungsrede vor den Grünen in Niedersachsen war ein Zitat von Hannah Ahrend der rote Faden: „Politik ist angewandte Liebe zur Welt.“ Besser kann ich es nicht sagen. Auch Herzblut alleine ist kein Erfolgsrezept. Jede drängende Überzeugung, mit der wir etwas verändern wollen, muss von Vernunft begleitet werden. Und von viel Geduld.

Geleitet von der Idee des zivilen Ungehorsams habe ich mit wendländischen Freunden einige der größten Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung angeführt. Viele Jahre

später erlebte ich als Europaabgeordnete viel härtere Konflikte mit: die Gewalt und Massenkriminalisierung in der Türkei seit den Gezi-Demonstrationen oder den Maidan in Kyjiw. Diese Erfahrungen und erst recht die an der Front in der Ukraine haben mich beim Wort „Kampf“ vorsichtiger gemacht. Denn Protest und Opposition in einem Rechtsstaat, wie gegen ein atomares Endlager, und die Kämpfe gegen autoritäre Regierungen oder eine Invasion im eigenen Land dürfen nicht verwechselt werden. Wir sollten nie vergessen, wie sehr wir in Deutschland heute selbst bei großen Konfliktsituationen auf den Rechtsstaat vertrauen und uns auf eine demokratische Ordnung stützen können.

Wenn man große gesellschaftliche Veränderungen erreichen will, gilt eine Erfahrung, die wir Grüne auf dem Weg zum Atomausstieg gemacht haben. Wir haben gelernt, in Szenarien zu denken. Wir haben verstanden, dass wir zeigen müssen, wie es gehen kann ohne Atomkraftwerke, wie der Umstieg auf neue Technologien funktioniert und wie die Arbeitsplätze ersetzt werden, die mit dem Atomausstieg wegfallen.

Auch wer heute erfolgreich Politik für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung umsetzen will, muss in Szenarien denken. Die Schritte zur Veränderung, die wir für notwendig halten, müssen vorstellbar gemacht werden. Szenarien müssen zeigen, auf welchen Wegen was erreicht werden kann: für die Reduzierung von Emissionen, aber auch für die Zukunft der Arbeit. Wir müssen die Interessen der Beschäftigten in der Autoindustrie oder die der Landwirte ernst nehmen, wir müssen ihnen zuhören und dürfen nicht denken, dass dauerhafte Veränderungen gegen sie durchgesetzt werden können. Das Denken in Szenarien zwingt uns, weit gesteckte Ziele mit gangbaren Wegen zu verbinden, die überzeugen und nicht abschrecken. Was wir im Kopf haben müssen: Die Klimaziele der Grünen sind jene von Paris. Und selbst wenn sie hinter denen von „Fridays for Future“ zurückbleiben, sind sie sehr ehrgeizig und brauchen Verständigung und nicht immer wieder nur Konfrontation über „zu wenig“ und „zu spät“. Auch Klimaschutz kann gesellschaftliche Polarisierung verschärfen, wie wir unter anderem in den USA sehen. In Deutschland und Europa müssen wir eine Spaltung der Gesellschaft bei diesem Thema vermeiden. Denn die großen Veränderungen, die der Klimaschutz verlangt, werden ohne breite Zustimmung nicht kommen. Weitsichtige grüne Politik darf sich nicht in Klimazielen für 2050 erschöpfen, sondern muss die Wege dahin vorstellbar und mehrheitsfähig machen.

REBECCA HARMS

war im Jahr 1977 eine der Gründer*innen der Bürgerinitiative gegen das Nukleare Entsorgungszentrum Gorleben im Wendland in Niedersachsen. Sie saß für die Grünen im Landtag in Niedersachsen und im Europaparlament, dort war sie mehrfach Spitzenkandidatin. Heute ist sie Vorstandsmitglied des Europäischen Zentrums für Pressefreiheit und Mitglied des Nachhaltigkeitsbeirats von VW.

Im Zahlenstudio (links unten) liefen alle Ergebnisse zusammen. Mehr als ein Terabyte Daten wurde hin- und hergeschickt: Das entspricht 225.280.000 DIN-A4-Seiten Text. Wir zählten 100.000 Zugriffe auf unserer Plattform, über eine Million Menschen erreichten wir über Social Media. Die Delegierten konnten elektronisch diskutieren, abstimmen und miteinander chatten. Aminata Touré (großes Bild), Vizepräsidentin des schleswig-holsteinischen Landtags, führte auf dem Präsidium zusammen mit Britta Haßelmann, Oliver Hildenbrand und Jürgen Suhr durch die BDK.



Der Philosoph und Politikwissenschaftler **Rainer Forst** über Radikalität und die **lebendige Streitkultur der Grünen**, die sich in einem diskursiven Politikstil niederschlagen sollte.



Das neue grüne Grundsatzprogramm ist da, und wieder wird kontrovers diskutiert, wie radikal die Grünen noch sein dürfen oder sollen. Geht man von der Wortbedeutung aus – Radikalität kommt von „radix“, lateinisch für Wurzel –, besteht Radikalität zum einen im Nachdenken darüber, wo man herkommt, welche Wurzeln man hat. Also in der Selbstvergewisserung über Grundwerte und Grundprinzipien. Radikalität heißt aber natürlich auch, dass man Ziele verfolgt, die sich grundlegend von dem Bestehenden lösen. In diesem Sinne lassen sich im Grundsatzprogramm die Ansätze zu einer transnationalen Demokratie, einer ökologischen Wirtschaft oder zur wirklichen Gleichheit der Geschlechter und zu einer multikulturellen Gesellschaft lesen, in der man, mit Adorno gesagt, „ohne Angst verschieden“ sein kann.

Zugleich stellt sich die Frage, wie radikal die Mittel sein dürfen, um diese Ziele umzusetzen. Viele Leute sehen die Grünen noch immer als eine Partei, die Politik primär als strategisches Umsetzungsspiel betreibt. Mit anderen Worten: Man wirft den Grünen vor, sie seien eine Partei der paternalistischen Reglementierungen und nicht bereit, auf Interessen der Gesellschaft zu reagieren, die nicht in ihr Konzept passen. Ich denke, es wäre daher wichtig – gerade in Bezug auf die Mittel, die man wählt – einen Politikstil zu pflegen, der die Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft betont. Dass man also beispielsweise bereit ist, bei der Frage der ökologischen Transformation der Wirtschaft auf alle Betroffenen offen zuzugehen. Wenn man etwa Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Großstädten gutheißt, muss man auch einem Kleinunternehmer zuhören, der zwei ältere Transporter hat und nicht über das Geld verfügt, sich mal schnell andere Fahrzeuge zuzulegen.

Die Mittel zur Diskussion zu stellen, bedeutet dabei nicht, dass man bei der Radikalität der Ziele Abstriche machen muss. Es muss aber eine umfassende gesellschaftliche Debatte über die Abwägung der Mittel möglich sein. Die Grünen sind eine Partei, die eine Vision hat, eine Partei, die es mit Ökologie, transnationaler Gerechtigkeit und Multikulturalismus wirklich ernst meint. Aber sie muss auch als eine Partei angesehen werden, die nicht schon immer alles besser weiß. Sie muss sich in den demokratischen Meinungs- und Interessenstreit begeben und zeigen, dass sie bereit ist, aus diesem Streit zu lernen. Innerhalb der Partei war die Diskussionskultur schon immer auf einem hohen Niveau. Ich habe die Grünen im Markenkern als die diskursiv lebendigste Partei wahrgenommen, in der man gut streiten kann und voneinander lernt. Nun sollte sich auch der Politikstil nach außen, gegenüber den Gewerkschaften beispielsweise, weiter verändern.

Notgedrungen muss es die Partei im Zuge ihrer Professionalisierung auch aushalten, mit neuen Bewegungen konfrontiert zu werden, die in ihrem Vorgehen radikaler und unmittelbarer sein können und wollen; Bewegungen wie „Extinction Rebellion“ etwa, die ein zentrales Ziel verfolgen und daraus eine umfassende Dringlichkeit formulieren. Es mag für die Grünen schmerzhaft sein, aber als Partei, die eine plausible Aussicht auf Regierungsbeteiligung im Bund hat, muss man anders agieren, als es eine solche Bewegung kann. Also auch auf andere Gesellschaftsgruppen und Interessen eingehen, die nicht den gleichen Kurs fahren wie man selbst. Man ist jetzt eben Teil einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion.

Ich finde, Robert Habeck und Annalena Baerbock sind da auf dem richtigen Weg. Du musst in komplexen Diskussionen nicht nur eine Menge Fachwissen parat haben, sondern auch eine Haltung an den Tag legen, die nichts Oberlehrerhaftes hat, dabei aber prinzipienfest ist. Die beiden verkörpern eine gute Mischung aus Zielstrebigkeit und Gesprächsbereitschaft. Sie zeigen an, dass sie bereit sind, gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

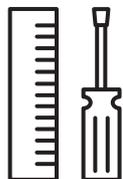
Für mich ist das Grundsatzprogramm deshalb gerade auch in seiner Detailgenauigkeit mutig und gelungen. Mutig auch, weil die allgemeinere Werte- und Prinzipien Diskussion diesmal einen sehr stark humanistischen Anstrich hat. Das gesamte Programm wird von der Menschenwürde her entfaltet, was bei Anhänger*innen, die den Eigenwert der Natur betonen, nicht nur auf Begeisterung stößt. Ich denke, dass dieser humanistische Einschlag, der sehr stark Fragen der Gerechtigkeit in den Vordergrund rückt, auch über unsere Gesellschaft hinaus Gültigkeit hat.

Gerechtigkeitspolitik endet bei den Grünen nicht an den eigenen Grenzen; das ist in Zeiten, in denen die Demokratie sich wieder auf die Nation zurückbezieht, nicht nur wegen der Pandemie sehr wichtig. Auch die Frage der Migration kann ja nicht nur aus dem Ansatz bestehen, zu bestimmen, wie viele Menschen man auf welche Weise in das Land hineinlässt. Die Grünen wenden sich nicht nur gegen die Ausbeutung der Natur, sondern auch gegen die Ausbeutung anderer Menschen – Menschen, die in Produktions- und Lieferketten eingebunden sind, von denen unsere Wirtschaft profitiert und die unseren Konsum ermöglichen. Im Grundsatzprogramm noch mehr über transnationale Gerechtigkeit zu sprechen und dies mit transnationaler Demokratie zu verbinden, ist insofern ein wichtiger Schritt.

RAINER FORST

geboren 1964, ist Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Der Leibniz-Preisträger gehört zur sogenannten „dritten Generation der Frankfurter Schule“ und ist Sprecher des Forschungsclusters „Normative Ordnungen“.

Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbands des **Deutschen Handwerks**, über die Rolle seiner Zunft bei der **sozialökologischen Transformation** – und darüber, wo das Handwerk noch mehr Unterstützung von den Grünen braucht.



Gesellschaft und Wirtschaft, Tradition und Zukunft, Bewährtes und Innovatives: All das vereint das Handwerk. Die Vielfalt der Lebensbereiche, in denen Handwerker*innen tätig sind, ist uns im Alltag selten bewusst. Das Brötchen zum Frühstück, die Brille und das Hörgerät, die uns das Leben erleichtern, die Heizung und der Kühlschrank, die zuverlässig funktionieren, das neu gebaute Haus und die sanierten Straßen – Handwerk ist all das, was unser Leben ausmacht, was wir aber oft nicht mehr richtig wertschätzen, weil wir es als selbstverständlich hinnehmen.

Dabei denken Handwerker*innen schon immer über das Tagwerk hinaus. Wir geben unser Wissen und Können generationenübergreifend weiter, wir stärken und entwickeln den ländlichen Raum, wir gehen sorgsam mit Ressourcen um und

besinnen uns darauf, Haushaltsgeräte, Schuhe und Fahrräder zu reparieren, zu warten und zu pflegen. All das sind Beispiele dafür, wie Handwerker*innen täglich und nachhaltig an einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft mitwirken – und zugleich das Neue auf die Straße bringen.

Jeder fünfte Handwerksbetrieb ist in der Klima- und Energietechnologie tätig. Das reicht vom energieeffizienten Dach mit klimafreundlicher Photovoltaikanlage über nachhaltiges Bauen mit Recycling-Baustoffen, Holz und Lehm bis hin zur E-Mobilität. Dass die Grünen die Bedeutung des Handwerks in ihrem Grundsatzprogramm verankert haben, ist für uns daher ein wichtiges Signal. Wir wünschen uns von der Partei aber auch den Mut, die akademische Brille öfter abzusetzen. Um die großen Zukunftsaufgaben zu lösen, brauchen wir Bedingungen, die ökologisch wie ökonomisch Sinn machen und die praktisch umsetzbar sind. Am Beispiel Elektroschrott wird das klar: Gebrauchte Elektrogeräte dürfen auch in Geschäften zurückgegeben werden, wo sie gar nicht gekauft wurden. In der Praxis sieht das oft so aus: Der Kunde erwirbt das Gerät bei einem der großen Onlineversandhändler, gibt es dann aber beim Elektrofachgeschäft um die Ecke zurück, das es lagern, entsorgen und das Ganze dokumentieren muss.

Gleichzeitig haben wir stark Energie verbrauchende Unternehmen wie Bäckereien, Tischlereien oder Metallbetriebe. Hier arbeiten die Umweltzentren in den Handwerkskammern intensiv daran, die Energieeffizienz und den Ressourcenverbrauch durch gezielte Beratung zu verbessern. Dabei hilft auch das digitale Energiebuch, ein praktisches Controlling-Instrument, das nächstes Jahr zudem als App erscheinen wird: Damit können die 1.250 Betriebe, die bereits Kontakt zum Energiebuch hatten, mit geringem Aufwand etwa Energiekosten erfassen oder ihre CO₂-Emissionen

ANZEIGE

**EINE
TRENNUNG
KANN AUCH
ENTSPANNT
ABLAUFEN.**



Im echten Leben sind Trennungen eher problematisch. Beim Recycling von Getränkekartons ist das völlig anders.

Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de

**KARTON,
NATÜRLICH!**

Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.
FKM

HALT SCHIAFFEN

auswerten. So können sie beispielsweise sehen, ob sich die Umrüstung auf LED-Beleuchtung wirklich gelohnt hat.

Um unserer ökologischen Verantwortung nachzukommen, müssen die für das Handwerk typischen kleinen Betriebe mit ihren speziellen Strukturen und Abläufen noch stärker in den Fokus rücken. Denn sie tragen die Lasten aus politischen Entscheidungen, die nur industrielle Abläufe und Massengeschäfte im Blick haben, wie etwa bei der Lebensmittel-Kennzeichnung: Die Dokumentationspflicht für Inhaltsstoffe ist auf industrielle Massenproduktion zugeschnitten, führt aber bei einer Bäckerei mit sechs Beschäftigten zu unglaublichem Frust. Hier – wie auf vielen anderen Feldern – wünschen wir uns weniger Bürokratie und damit faire Wettbewerbsbedingungen.

Damit geht für uns auch eine Neubewertung beim Thema Sozialversicherungsbeiträge einher. Das Handwerk lebt von seinen Mitarbeiter*innen und ihrem Know-how. Zwölf Prozent aller Erwerbstätigen und 28 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland sind im Handwerk tätig. Als beschäftigungsintensive Branche bekommen wir den Druck bei den Sozialabgaben besonders zu spüren. Hier müssen wir überlegen, wie wir diese sozialen Kosten zukünftig gerecht verteilen wollen. Spürbare Entlastung wünschen wir uns auch bei unserem Leib- und Magen-Thema Bildung. Unsere Meister*innen engagieren sich jedes Jahr, um ihr Wissen an rund 369.000 Lehrlinge weiterzugeben und damit die Fachkräfte von morgen auszubilden. Allerdings verabschieden sich immer mehr Kleinbetriebe aus dieser Aufgabe, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Wir sind jedoch auf gute Fachkräfte angewiesen. Deshalb ist es unser Ansatz, akademische und berufliche Ausbildung als gleichwertig anzusehen und zu fördern. Student*innen können sich bis zum Alter von 25 Jahren in der Familie kostenfrei mitversichern. Das möchten wir auch für unsere Auszubildenden. Und es wäre ein schöner Beitrag zur Wertschätzung des beruflichen Ausbildungswegs, der immer noch ein Schattendasein führt. Wir brauchen den Meister genauso wie den Master.

Und nicht zuletzt müssen wir bei den tiefgreifenden Transformationsprozessen auch die mitnehmen, die sich mit Veränderung schwertun. Bei den Menschen in den Kohle-Regionen etwa sehe ich viel Unsicherheit. Das müssen wir ernst nehmen. Veränderung schafft nicht nur Halt, wie es im Grundsatzprogramm heißt, Veränderung braucht auch Halt. Das gilt insbesondere für die Übergangszeit, in der wir uns befinden. Diesen Halt sollten wir gemeinsam schaffen.

HOLGER SCHWANNECKE

geboren 1961 in Helmstedt, ist Jurist und seit 2010 Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks – und damit Interessensvertreter von über einer Million Betrieben mit rund 5,6 Millionen Beschäftigten. Er ist zudem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Handwerkskammertages (DHKT) und Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbands Deutsches Handwerk (UDH).

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Die Natur braucht Schutz



Böll.Thema 20-4:

Schwerpunkt: Biodiversität

Biodiversität ist faszinierend. Sie bringt uns alle zum Staunen, sobald wir begreifen, wie Abermilliarden von Organismen zusammenwirken und Neues schaffen.

Doch wir zerstören diese Fülle und unser aller Lebensgrundlagen unaufhörlich, auch in den entlegensten Winkeln der Welt – wir überfischen die Meere, holzen die Wälder ab und wandeln wertvolle Böden um.

Jede Art, die verschwindet, ist ein kleiner Kipppunkt. Viele Millionen Jahre von Evolution: Sie sind dann einfach unwiderruflich verlorengegangen.

Unser neues Böll.Thema beschäftigt sich mit der Frage, wie wir unsere Lebensgrundlage noch retten können.

Podcast zum Thema



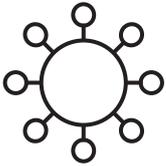
Böll.Fokus

**Biodiversität:
Vom Netz des
Lebens**

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Anja Piel, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, über die Coronakrise, den Zusammenhang von Sozial- und Umweltpolitik – und warum es ein neues soziales Sicherheitsversprechen braucht.



Es ist immer wieder die Rede davon, dass die Pandemie wie ein Brennglas wirkt. Bereits bestehende Missstände werden durch die Coronakrise verstärkt: Prekär Beschäftigte, Leute mit schlechter Berufsausbildung und Menschen in Minijobs sind in große Not geraten.

Es haben sich Gerechtigkeitslücken aufgetan, die man politisch schließen muss. In der Krise hat man auf Druck der Gewerkschaften hin versucht, mit dem Kurzarbeitergeld so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Trotzdem, das zeigen die Zahlen, werden viele Stellen wegfallen.

Wir werden zudem eine Debatte darüber führen müssen, wer die Krisenkosten bezahlt. Wir sehen beispielsweise, dass Covid-Testungen aus den Rücklagen der gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden, was einer Verlagerung der Krisenkosten alleine auf die Beitragszahler*innen gleichkommt. Von den politischen Parteien werden wir daher einfordern, dass sie die richtigen Ableitungen aus der Krise treffen. Wir brauchen eine Politik, die jene achtet und schützt, die sich zum Wohl aller einsetzen. Die systemrelevanten Berufe in Gesundheit und Pflege müssen besser bezahlt werden. Erst wenn in Krankenhäusern und Pflegeheimen genügend Personal zur Verfügung steht, kann die Selbstausbeutung wirksam beendet werden. Das beste Mittel, um Menschen im Alter gut zu versorgen, ist, dass sie in jungen Jahren zu vernünftigen Tarifen gearbeitet haben.

Auch im Einzelhandel haben wir gesehen, dass bei den Minijobs eine unerhörte soziale Schärfe entstanden ist – bei den Menschen, die das Land in der Krise am Laufen halten. Deswegen fordern wir als Gewerkschaften: raus aus den prekären Jobs, hin zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung! Das ist allein schon wegen der Altersversorgung wichtig. Die Gerechtigkeitslücken betreffen in vielen Fällen Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden. Wir fordern höhere Einkommen in den frauentypischen Berufen, bessere Bedingungen und familienfreundlichere Arbeitsplätze.

Eine Krise lenkt den Blick immer wieder auf die drängendsten Themen: Haben wir zum Beispiel ein Gesundheitssystem, das sich an der gesundheitlichen Versorgung ausrichtet oder an den Renditen? Wir sollten endlich auch verstehen, dass die Kosten des Gesundheitswesens solidarischer verteilt werden müssen. Beispielsweise durch eine Bürgerversicherung, die auch den Beamt*innen keine Nachteile bringt. Das wird nicht von selbst passieren, sondern muss politisch verabredet werden.

Die Coronakrise hat uns aber zugleich deutlich gezeigt: Solidarität ist die Währung, die uns krisenresilient macht. Wenn wir die Veränderungen, die nach der Krise auf uns zukommen, meistern wollen, dann nur, indem die Akteur*innen sich respektieren und einander achten. Nur so können wir auch die Klimakrise bewältigen.

„No jobs on a dead planet“ heißt es bei „Fridays For Future“. Das stimmt, und es gilt auch: Wir können die Veränderungen, den Wandel nur mit starken Beschäftigten schaffen und mit Sicherheitsversprechen, die auch wirklich tragen. Ich habe da Michael Vassiliadis, den Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie und Energie, im Ohr, der auf einem Kongress gesagt hat: „Man kann keine Umweltpolitik ohne Sozialpolitik machen und keine Sozialpolitik ohne Umweltpolitik“. Die Gestaltung von umweltfreundlicheren Produktionsprozessen funktioniert nur, wenn die Zukunftsperspektiven derjenigen stimmen, die diese Arbeit übernehmen sollen. Dafür brauchen wir ein starkes Mitspracherecht der Arbeitnehmervertretung. Wer bereit sein soll, neue Aufgabenfelder anzugehen, muss wissen, dass seine oder ihre berufliche Existenz und das Einkommen gesichert sind.

Klimaschutz und Sozialpolitik dürfen schon allein deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden, weil prekäre Beschäftigung und Perspektivlosigkeit dazu führen, dass Menschen kein Interesse mehr an demokratischer Teilhabe spüren und damit auch anfällig für Extremismus werden. Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind auch für die Sicherung unserer Demokratie extrem wichtig.

Um die sozial-ökologische Transformation erfolgreich umzusetzen, gibt es verschiedene Hebel. Ein Beispiel: Wenn öffentliche Aufträge vergeben werden, sollten in Zukunft bei der Auswahl der Unternehmen diejenigen bevorzugt werden, die nach Tarif bezahlen und gute Arbeitsverhältnisse bieten. Die Unternehmen müssen Vorteile davon haben, wenn sie Arbeit vernünftig gestalten. Ein weiterer Punkt ist, Weiterbildung zu fördern. Im nächsten Jahr werden wir die Auswirkungen der Coronakrise stark spüren. Mehr Arbeitslosigkeit und mehr Insolvenzen kommen auf uns zu. Trotzdem dürfen die Transformationsprozesse nicht einschlafen. Das funktioniert nur, wenn wir die Menschen fit für Veränderungen machen. Eine Rolle wird dabei die Bundesagentur für Arbeit mit guten Beratungsangeboten spielen, eine andere die Arbeitgeber*innen.

Das, was in der Veränderung Halt schafft, kann nur gemeinsam herbeigeführt werden. Dafür müssen Politik, Gewerkschaften und sozialrelevante Gruppen starke Bündnisse schmieden. Ob in der Corona- oder Klimakrise: Wir stehen vor gewaltigen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die sich nicht von alleine erledigen.

ANJA PIEL

geboren 1965, war Fraktionsvorsitzende der Grünen im Niedersächsischen Landtag und Oppositionsführerin. Am 25. März 2020 wechselte die gelernte Industriekauffrau und Mitbegründerin des Mütterzentrums Hameln in den DGB-Bundesvorstand.

ACHTEN



Ein Parteitag in einer Zeit gewaltiger Herausforderungen: Anstatt unser neues Grundsatzprogramm gemeinsam in Karlsruhe zu feiern und zu verabschieden, haben wir all unsere Energie in ein spannendes digitales Konzept gesteckt. Allein die Programmierung des Abstimmungstools hat rund drei Monate gedauert. Wer die Halle betreten wollte, musste sich einem Corona-Schnelltest unterziehen.



Anne Spiegel, Familienministerin und Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz, über unsere Welt am Limit – und wie wir sie bewahren können.



Die Umwelt und unsere Mitmenschen zu achten und zu schützen, das gehört schon immer zu unserer grünen DNA. Was wir derzeit am existenziellsten schützen müssen, ist das Klima. Denn wenn die Krise mit voller Wucht voranschreitet, braucht man sich über andere Schutzkonzepte

gar keine Gedanken mehr zu machen. Klima- und Artenschutz sichern unser eigenes Überleben.

Ich habe vier kleine Kinder. Sie sind zwischen zwei und neun Jahre alt. Mein Blick richtet sich schon deshalb automatisch auf die kommenden Generationen. Es ist klar, dass wir mit unseren endlichen Ressourcen so umgehen müssen, dass auch für sie noch etwas übrigbleiben wird. Damit meine ich beispielsweise Wasser. Wasserknappheit ist nicht nur global gesehen ein riesiges Problem. Damit meine ich aber auch die Wälder vor unserer Haustüre. Wir brauchen sie als grüne Lunge, als Lebensraum und als Erholungsgebiet.

Wenn meine Familie und ich Zeit haben, gehen wir gerne im Pfälzer Wald wandern. Die Kinder können dort rennen und toben, und für mich ist das ein wichtiger Ausgleich. Aber unsere Wälder sind bedroht. Die Forstexpert*innen, mit denen ich im Gespräch bin, sind alarmiert. Rheinland-Pfalz ist prozentual das walddreichste Bundesland und der Zustand unserer Wälder macht einen sprachlos. Ein Laie sieht das nicht auf den ersten Blick, aber die Förster*innen wissen, dass der Wald in vielen Regionen in einem erschreckenden Zustand ist. Da sterben Bäume, die 100 oder 120 Jahre alt sind.

Die Folgen der Klimakrise sind längst bei uns angekommen. Deshalb müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien entschieden beschleunigen. Wir wollen in Rheinland-Pfalz die Leistung der Windenergie bis zum Jahr 2030 verdoppeln und die der Photovoltaik verdreifachen, wir wollen auch die Mobilität klimafreundlich gestalten: hin zu mehr ÖPNV, zur Schiene, zu Bussen, Fahrrädern, E-Bikes – da ist eine Revolution nötig und wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Wichtig ist für uns aber auch die Bezahlbarkeit. In Rheinland-Pfalz soll es ein 365 Euro-Ticket geben, das auch die viel zu komplizierten Tarifstrukturen vereinfacht.

Wir befinden uns in einer Phase, in der die Alarmglocken laut schrillen. Für die Transformation zur Klimaneutralität bleibt nicht mehr viel Zeit. Wie keine andere Partei setzen wir uns schon sehr lange für Umwelt-, Klima- und Artenschutz ein. Dafür sind wir in der Vergangenheit belächelt worden. Inzwischen ist dieser besorgniserregende Zeitdruck für die meisten Menschen deutlich spürbar. Die nächste Legislaturperiode wird entscheidend sein. Wir müssen es in den kommenden Koalitionsverträgen auf Bundes- und Landesebene schaffen, die Weichen wirklich neu zu stellen und die planetaren Grenzen als Leitlinie unseres Handelns durchzusetzen.

Die „Fridays for Future“-Bewegung hat uns als Gesellschaft wachgerüttelt. Wir Grüne haben Rekordzuwachszahlen. Es gibt einen Schwung und eine Aufbruchsstimmung, die wir unbedingt nutzen müssen. Im Rahmen meiner Spitzenkandidatur führe ich gerade zahlreiche Gespräche in Unternehmen. Viele Menschen dort sind in ihrem Denken und Handeln schon viel weiter als die politischen Rahmenbedingungen. Fortschritt ist kein Begriff, den man den Neoliberalen überlassen darf. Wir können Fortschritt auch mit grünen Themen durchdeklinieren!

Fortschritt darf aber auf keinen Fall so aussehen wie das, was uns die Landwirtschaftsminister*innen jetzt als EU-Agrarreform verkaufen wollen. Das ist eine Farce. Es ist kein Systemwechsel, der uns hier vorgeschlagen wird, sondern ein Zementieren der alten Missstände. Nach wie vor sollen die meisten Gelder in klima- und umweltzerstörende Großbetriebe gesteckt werden. Wir wollen beim ökologischen Landbau ganz kräftig nachlegen. In Rheinland-Pfalz sind wir da bereits auf einem guten Weg. Den Anteil der Biolandwirtinnen und Biolandwirte wollen wir von elf auf 30 Prozent steigern. Zum Glück werden Ökoprodukte auch von den Konsument*innen immer stärker nachgefragt. Wir brauchen aber auch faire Preise. Es ist völlig absurd, wenn Produkte wie Fleisch und Milch zu einem Preis verkauft werden, der nicht einmal die Herstellungskosten der Landwirt*innen deckt. Man kann in der Landwirtschaft auf Länderebene etwas erreichen, aber die wichtigsten Weichen müssen vom Bund und in der EU gestellt werden. Was Agrarministerin Julia Klöckner uns da aufgetischt hat, können wir uns nicht mehr leisten.

Wir brauchen eine ideenreiche und zupackende Politik, die alle Grenzen der Erde respektiert – und gleichzeitig auch die Menschen schützt. Das nationalstaatliche, auf den eigenen Vorteil bedachte Denken, das momentan grassiert, ist Gift für die europäische Gemeinschaft. Für mich ist die Verbundenheit über die Grenzen hinweg eine Selbstverständlichkeit. Mein Mann ist Schotte, meine Kinder wachsen zweisprachig auf. Meine Oma hat sizilianische, mein Opa rumänische Wurzeln. Die europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die wir schützen und ausbauen müssen.

Am 14. März 2021 findet die Wahl zum 18. Landtag von Rheinland-Pfalz statt. Derzeit regiert Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit einer Ampelkoalition aus SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

ANNE SPIEGEL

Jahrgang 1980, ist die Spitzenkandidatin der Grünen bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz. Sie hat Politikwissenschaften, Philosophie und Psychologie studiert, arbeitete in einem kambodschanischen Waisenhaus und als Sprachtrainerin. Seit 2011 ist Spiegel Abgeordnete im rheinland-pfälzischen Landtag. 2016 wurde sie zur Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz ernannt.

SCHÜTZEN

Protokoll: Gero Günther



Der Parteitag ging auch virtuell einen geordneten Gang. Gespannt verfolgte der Bundesvorstand die Debatten und Gastbeiträge, zum Beispiel von Publizistin Ferda Ataman (Bild oben).



Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, über den grünen Weg in die ökologische Moderne – und welche Wunder wir von der Politik erwarten können.



Am Beginn der Umweltbewegung standen nicht nur Berichte und Bücher, sondern auch Bilder. Eines der wirkmächtigsten stammt aus der Umlaufbahn des Mondes. Es zeigt eine in ewiger Dunkelheit schimmernde blau-weiße Erdkugel, umschlossen von einer hauchdünnen Schutzhülle. Ein Bild, das viele Menschen in seiner Würde und Schönheit tief berührt hat, auch mich. Es zeigt, wie einzigartig die Schöpfung ist, aber auch, wie verletzlich. Nur wenige Monate, nachdem dieses Foto aufgenommen wurde, betrat der erste Mensch den Mond. Aber das eigentlich Beeindruckende war, er kam auch wieder heil zur Erde zurück. Auch diese Erfahrung ist wertvoll für uns, denn sie zeigt, zu was wir fähig sind. Wie beflügelnd es ist, sich große Ziele zu setzen. Was wir erreichen können, wenn wir all unser Engagement, all unsere Anstrengung, all unseren Tüftlergeist zusammennehmen. Und dass wahr werden kann, was die meisten für unmöglich

gehalten haben. In der jüngeren deutschen Geschichte denke ich dabei an den Fall der Mauer. Plötzlich flossen die Energien zusammen und haben die Welt verändert. In der Wissenschaft spricht man von Kipppunkten und exponentiellen Entwicklungen. Hannah Arendt hat – sehr viel anschaulicher – von „Wundern“ gesprochen, und dass wir gerade von der Politik solche Wunder erwarten dürfen. Dass also etwas Unerwartetes und Unvorhergesehenes geschieht. Ich glaube, dass ein solches Wunder auch im Hinblick auf unseren Kampf gegen die Klimakrise und das Artensterben möglich ist. Ich glaube, dass es uns gelingen kann, das Ruder noch rechtzeitig herumzureißen. Und ich sehe es als politische Kernaufgabe von uns Grünen an, diese Veränderungen anzustoßen und unser Land in die ökologische Moderne zu führen.

Doch was genau ist zu tun? Geht es nicht letztlich vor allem um Verzicht? Ich meine: Es ist wichtig, dass Bürgerinitiativen, NGOs oder Kirchen hier das Wort ergreifen und Verhaltensänderungen einfordern. Ohne wird es nicht gehen, zum Beispiel bei der Ernährung. Doch die Kernaufgabe der Politik ist das meines Erachtens nach nicht. Wir brauchen keine moralisierende Politik, die den Menschen kleinteilig neue Sitten abfordert. Wir brauchen eine moralische Politik, die die richtigen Rahmenbedingungen

ERNEUEREN

ANZEIGE



**FÜR UNSERE
GESUNDHEIT**

FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda



**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

setzt und die richtigen Preissignale gibt. Dass es uns im letzten Jahr gelungen ist, nach schwierigen Verhandlungen mit Bund und Ländern den CO₂-Preis nach oben zu drücken, empfinde ich deshalb als wichtigen Zwischenerfolg. Denn wir brauchen die Schnelligkeit und Innovationskraft der Marktwirtschaft. Nur mit ihrer Hilfe haben wir die Chance, die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft schnell genug voranzutreiben. Nur wenn wir auf Unternehmergeist und Innovation setzen, können wir zeigen, dass wir die ökologische Erneuerung nicht nur wollen, sondern auch können. Dass wir Ökonomie und Ökologie – die vom Wortsinn her ohnehin dasselbe bedeuten – miteinander verbinden und den Naturverbrauch vom Wirtschaftswachstum entkoppeln können. Das ist entscheidend, nicht unser absoluter Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß. Im Kern geht es um Kopierfähigkeit. Um die Entwicklung eines Wirtschaftsmodells, um die Entwicklung von technologischen Innovationen, die alle haben und anwenden wollen. Wie die Solarenergie, deren Siegeszug vor 20 Jahren mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz begonnen hat. Das ist unsere Verantwortung als führendes Industrieland.

Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, dass wachsende Teile der Wirtschaft bereit sind, den Weg der ökologischen Erneuerung mit uns zu gehen. Ein Beispiel dafür ist der Strategiedialog Automobilwirtschaft, den ich vor einigen Jahren ins Leben gerufen habe. Dabei handelt es sich um ein neues Politikformat mit dem Ziel, die notwendigen Veränderungen zu beschleunigen. Auf diese Weise machen wir Baden-Württemberg zum Musterland der Elektrifizierung, mit einem überall verfügbaren dichten Netz von Ladesäulen und Schnellladeparks. Wir arbeiten nicht nur an der nächsten Generation der Batterie, sondern auch an einer Fabrik, die im industriellen Maßstab Batterien recycelt. Wir machen Baden-Württemberg zur Modellregion für eine grüne Wasserstoffwirtschaft und treiben die Erforschung von synthetischen Kraftstoffen voran. Unseren Mittelstand unterstützen wir mit Rat und Tat, mit Innovationsgutscheinen und Weiterbildungsangeboten für die Jobs der Zukunft. Ja, unsere Unternehmen sind spät in das Zeitalter der alternativen Antriebe gestartet. Aber inzwischen rollen bei uns Elektroautos vom Band, die tausende neuer Arbeitsplätze schaffen. Die ersten klimaneutralen Fabriken haben ihre Arbeit aufgenommen. Und die ersten Zulieferer machen ihr gesamtes Unternehmen klimaneutral. Klar, dass wir daraus bei unserem letzten Ressourceneffizienzkongress

direkt eine Landesinitiative für klimaneutrale Unternehmen gemacht haben. Ein Kongress übrigens, der inzwischen zur Pilgerstätte für unternehmerische Pioniere geworden ist. Allein die 100 Unternehmen, deren Beispiele wir kürzlich zusammengetragen haben, sparen mit ihren Innovationen zehntausende Tonnen Stahl- und Eisenmetalle, Aluminium, Blei, Kunststoffe, Farben, Lacke und Chemikalien ein.

Aber machen wir uns nichts vor: Viel Zeit bleibt nicht mehr, um den Klimawandel und das Artensterben wirksam abzubremsen. Die entscheidenden Veränderungen müssen jetzt kommen, in diesem Jahrzehnt. Gleichzeitig zeigt das Beispiel anderer Länder, dass es schon bei sehr viel weniger einschneidenden Transformationsprozessen zu Kulturkämpfen kommen kann, die zu lähmendem Stillstand führen, oft sogar zu Rückschritten. Um etwas zu transformieren, muss noch etwas da sein, das man transformieren kann. Einen Rust Belt können wir uns nicht leisten. Wir brauchen eine ökologische Transformation, die die Menschen nicht abhängt, sondern mitreißt. Das ist die zentrale Herausforderung der kommenden zehn Jahre. Und dabei kommt es mehr denn je auf uns Grüne an, auf unsere Kompetenz in Ökologie und Ökonomie. Auf alle, die diese Herausforderung annehmen und die politische Verantwortung übernehmen: in den Kommunen, in den Ländern, und schon bald auch im Bund. Ich bin sicher: Wir können das!

Am 14. März 2021 findet die Wahl zum 17. Landtag von Baden-Württemberg statt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann steht seit 2016 an der Spitze einer Koalition aus Grünen und CDU.

WINFRIED KRETSCHMANN
geboren 1948, ist Gründungsmitglied der Grünen in Baden-Württemberg. Seit mehr als drei Jahrzehnten gestaltet er Politik in seiner Heimat: zunächst als Landtagsabgeordneter und grüner Fraktionsvorsitzender, seit 2011 als Ministerpräsident. Am besten zur Ruhe kommt der Hobby-Handwerker beim Wandern auf der Schwäbischen Alb.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Naturliebe und Menschenhass



Völkische Siedler*innen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern

boell.de/publikationen

In fast allen Bundesländern versuchen völkische Akteur*innen durch Besiedlung ländlicher Räume ihre autoritäre und rassistische Gesinnung zu verbreiten. Es eint sie die Ablehnung der pluralistischen Gesellschaft und der parlamentarischen Demokratie.

Podcast zum Thema

«Naturliebe und Menschenhass»

boell.de/podcasts

Leipziger Autoritarismus Studie 2020

Autoritäre Dynamiken

Alte Ressentiments – neue Radikalität



Von Oliver Decker und Elmar Brähler

boell.de/leipziger-autoritarismus-studie

Die Studie zeigt, wie stark sich die Gesellschaft polarisiert und wie sehr sich die extreme Rechte inzwischen radikalisiert hat.

Dass ihr dabei mittels Antisemitismus, Verschwörungsmythen und Antifeminismus der Anschluss an die gesellschaftliche Mitte gelingt, zeigt, wie groß die Herausforderungen für unsere Gesellschaft sind.

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Auch eine große Halle wird in der Pandemie schnell zu klein: Um die Bundesdelegiertenkonferenz digital und mit genügend Abstand abhalten zu können, verwandelten wir das Berliner Tempodrom in ein riesiges Fernsehstudio. Aus der Halle berichteten ARD, ZDF, Phoenix und RTL live über das Geschehen auf den vier Bühnen. Über 100 Videos, viele von den Parteimitgliedern selbst produziert, wurden während des Parteitags gezeigt.



JEDE **ZEIT**
HAT IHRE
FARBE





Das Studio-Wohnzimmer, ein Raum grüner Geschichte. An der Wand hängen Bilder aus 40 grünen Jahren in Deutschland und ein Plakat aus dem Jahr 1979: „Stillegung aller Atom- anlagen.“ Mit Ninia La Grande und Marco Ammer führten zwei professionelle Moderator*en durch das Programm und füllten die Pausen, die sich immer wieder ergaben. Das hielt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jamila Schäfer (großes Bild) und Michael Kellner mit seinem Team um Büroleiterin Jana Abresch (Bild links unten) den Rücken frei.



Amina Gerlach, Sprecherin der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Frauen* und Gender, über **Feminismus und Vielfalt** als Vision grüner Politik.



„Feminismus ist kein nettes Anhängsel, sondern der rote Faden, der sich quer durch unsere Politik zieht.“ Diesen Anspruch an unser neues Grundsatzprogramm habe ich im März 2019 am Anfang des Prozesses formuliert. Eineinhalb Jahre später steht fest: Wir haben geliefert.

Den Grünen geht es schon immer darum, eine Gesellschaftsutopie zu verwirklichen. Es ist fast etwas in Vergessenheit geraten, aber der Feminismus war neben der ökologischen Bewegung eine der tragenden Gründungssäulen unserer Partei. Es gibt viele Themen, die schon die Ugrünen umgetrieben haben, und die noch heute aktuell sind: das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, gleiche Bezahlung, die faire Aufteilung von Care-Arbeit oder die Forderung, dass Frauen in Politik und Wirtschaft stärker repräsentiert werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich viel getan: Tradierte Geschlechterrollen verändern sich, Frauen definieren sich weniger über die Mutterrolle und stärker über den Beruf. Aber die Realität hinkt den Ansprüchen hinterher.

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt noch immer stark benachteiligt: Ob bei der Einkommens- oder Rentenlücke, beim Anteil der in Vollzeit erwerbstätigen Frauen oder bei der Verteilung der Arbeitszeit – überall belegt Deutschland einen der letzten Plätze im OECD-Vergleich. Um Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft zu erreichen, ist deshalb für uns der Arbeitsmarkt das zentrale Feld. Wir wollen das Arbeits- und Steuerrecht reformieren, um Geschlechterungerechtigkeiten zu beseitigen. Mehrarbeit lohnt sich für viele verheiratete Frauen kaum, weil der deutsche Fiskus ihnen so viel vom Lohn abnimmt wie fast kein anderes Industrieland. Steuerliche Fehlanreize wie das Ehegattensplitting gehören daher abgeschafft, denn sie fördern ein überholtes Familienmodell.

Nach der Geburt des ersten Kindes wächst die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern bis zum Rentenalter immer weiter. Zentral ist, dass die Sorgearbeit fairer unter den Geschlechtern aufgeteilt wird. Ein wichtiger Baustein ist zudem der Ausbau der Kinderbetreuung. Insbesondere in den alten Bundesländern zwingt der Mangel an Kitaplätzen Mütter dazu, weniger zu arbeiten. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, braucht es aber auch für Schulkinder einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung.

Feminismus als Vision und Weg ist für mich eine gute Definition dafür, wie wir solche Themen in unserem Grundsatzprogramm eingebracht haben. Das gesamte Programm wird von einer feministischen Perspektive aus betrachtet und durchleuchtet. Das ist vermutlich der große Unterschied zum vorherigen Programm aus dem Jahr 2002. Als Querschnittsthema zieht sich Feminismus durch alle Kapitel – und damit werden alle Themen noch mal viel progressiver gedacht.

Ein Beispiel ist die Haushaltspolitik: Wir haben verankert, dass Gender-Budgeting berücksichtigt, der Haushalt also auch geschlechtsspezifisch betrachtet werden soll. Im Kapitel „Frieden“ wird gefordert, dass Frauen bei Friedensverhandlungen mit einbezogen werden sollen, weil Friedensverhandlungen, an denen Frauen beteiligt sind, als sehr viel erfolgreicher gelten. Und im Kapitel „Rechtsstaat und Sicherheit“ wird Gewalt gegen Frauen gesondert betrachtet.

Wir denken Feminismus aber vielfältiger, intersektionaler. Denn Menschen werden auch aufgrund rassistischer oder anderer Gründe diskriminiert und nicht nur aufgrund ihres Geschlechts. Das ist insofern wichtig, als wir in unserer Gesellschaft glücklicherweise zunehmend vielfältige Perspektiven wie zum Beispiel die migrantische wahrnehmen. Wenn in einer Gesellschaft die Ideen und Meinungen all ihrer Mitglieder gehört werden, wird sie durch die verschiedenen Erfahrungen reicher – und alle politischen Entscheidungen werden vielfältiger und besser.

Das, was feministisch oder progressiv ist, müssen wir dabei als Gesellschaft immer wieder neu definieren. Schon im Jahr 1986 haben die Grünen die Hälfte der Macht in der Partei den Frauen übertragen. Während andere Parteien mehr als drei Jahrzehnte später noch immer über Frauenquoten in ihren Reihen streiten, gehen wir einen Schritt weiter. Wir wollen die Vielfalt, die in unserer Gesellschaft längst Realität ist, auch in der Partei abbilden: In Zukunft sollen ebenso viele Menschen mit Migrationsbiografie Posten übernehmen, wie es ihrem Anteil in der Gesellschaft entspricht. Ein Vielfaltstatut ergänzt das Frauenstatut.

Auch in anderer Hinsicht nehmen wir Grüne eine starke Rolle als Multiplikator und Verstärker ein. Das Gender-Sternchen ist das perfekte Beispiel: Wir waren die erste Partei, die beschlossen hat, alle Schriftstücke komplett geschlechterneutral zu gestalten. Was anfangs belächelt wurde, ist heute fest verankert und wird auch von Behörden adaptiert.

In der Politik geht es am Ende darum, den Alltag *aller* Menschen zu verbessern und zu erleichtern. Ich bin davon überzeugt, dass wir es schaffen werden, Vielfalt weiter vorzuleben und eine gerechtere Gesellschaft zu prägen.

AMINA GERLACH

32, geboren in Berlin, arbeitet als Presse-referentin bei der grünen Bundestagsfraktion. Sie ist seit 2016 Mitglied der Berliner Grünen und ehrenamtliche Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen* und Gender.



Ein Team von zehn Menschen mit Regisseur, Kamaleuten, Bildmischern, Producern und Plattformverantwortlichen setzten unsere Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck sowie unsere stellvertretende Bundesvorsitzende Ricarda Lang ins rechte Licht.



Protokoll: Nataly Bleuel

Igor Levit – Bürger, Europäer und Pianist – über die Frage, wie Kunst und Kultur in Coronazeiten gerettet werden können.



Ich mag den Begriff „Kunst und Kultur“ nicht, er ist zu allgemein und leer. Was bedeutet denn Kultur überhaupt? Reden wir über Musik, Theater, bildende Kunst, Literatur? Über Popkultur, über Sport, die Kultur der Clubs, der Restaurants, der Kinos? Alles ist Kultur. Jede Gesellschaft hat ein kulturelles Leben. Und Kultur ist auch Wirtschaft. Meine Branche, die Musikbranche, ist eine Wirtschaftsbranche, denn die Menschen leben von der Kultur und verdienen damit Geld.

Kultur bedeutet immer: gesellschaftliche Teilhabe. Wer in einer Gesellschaft lebt, muss an ihr teilhaben können, an ihrem kulturellen Leben, denn dadurch setzt sich eine Gesellschaft mit sich selbst auseinander. Diese gesellschaftliche Teilhabe ist im Moment nicht gewährleistet. Menschen können nicht ins Theater gehen, nicht zu Lesungen, nicht in Konzerte, nicht in Clubs, sie können nicht miteinander tanzen und sie können nichts, sagen wir: nah miteinander erleben. Wir müssen uns wegen einer Pandemie zurückziehen. Das ist notwendig, um Menschenleben zu retten. Und es ist eine Jahrhundertkatastrophe, vor der wir Demut haben und Vorsicht walten lassen müssen.

Kulturelle Teilhabe ist also gerade nicht gewährleistet. Das macht noch deutlicher, dass wir unbedingt wegkommen müssen von der Verbindung des Kulturbegriffs mit dem Begriff Freizeit. Kultur ist nicht einfach nur Freizeit, als könnten wir uns Kultur nur leisten, wenn wir mal Zeit frei haben. Wir müssen Kultur begreifen als Bildung. Im Grundgesetz gibt es ein Recht auf die Freiheit der Kunst, aber keines auf kulturelle Teilhabe. Und also auch keines auf existenzielle Unterstützung?

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einem der stärksten Wirtschaftszweige weltweit entwickelt. Im Jahr 2019 wurden damit in Deutschland 106,4 Milliarden Euro verdient. Trotzdem lebten viele Künstler*innen schon immer an der Existenzgrenze. In der Pandemie wird sichtbar, auf welch dünnem Eis nicht wenige in diesem so essenziellen Kulturleben stehen.

Auch ich bin seit dem erneuten Lockdown als ausführender Künstler arbeitslos. Ich unterrichte, aber ich spiele keine Konzerte mehr. Mein letztes auflagenfreies Konzert war am 10. März, meinem Geburtstag, in Hamburg. Danach war klar: Das war's. Und mir war auch klar: für eine lange Zeit. Ich habe sofort begonnen, meine Klavierkonzerte von zuhause aus zu streamen. Nach anderthalb Monaten begannen sich langsam wieder Räume zu öffnen. Doch die Art der Arbeit hat sich extrem verändert. Wenn überhaupt Konzerte stattfanden, wurden sie zwei- oder dreimal hintereinander gespielt. Die Anzahl der Menschen im Raum musste ja verkleinert werden. Ich bin unendlich dankbar, dass ich überhaupt spielen und arbeiten konnte. Auch wenn es mental herausfordernd war. Aber jede Zuhörer*in und jeder Zuhörer schenkte mir ihre und seine Zeit. Dem begegne ich mit großem Respekt und Dankbarkeit.

Für viele Kulturschaffende wird es jetzt noch viel schwerer. Ich verstehe, dass man die Anzahl der Kontakte beschränken muss, um zu verhindern, dass Krankenhäuser übervoll werden und Menschen sterben. Und dass man deswegen erst mal nicht ins Theater geht. Aber dass man zur selben Zeit zum Shoppen in die Stadt fahren darf, das versteht man nicht. Ich möchte aber auch gerade nicht in den Schuhen von Politiker*innen stecken. Sie müssen in dieser Zeit schwerste Entscheidungen treffen.

Unsere Branche muss mittel- und langfristig gerettet werden. Dafür gibt es konkrete Hebel und ich finde, die Grünen haben gute Ideen, wie künstlerische Freiräume geschützt werden können. Ich bin ein großer Unterstützer des fiktiven Unternehmerlohns, wie es ihn schon in Baden-Württemberg gibt. Da können Soloselbstständige aus dem Kulturbereich und der Kreativwirtschaft Corona-Soforthilfe beantragen und 1.180 Euro monatlich für private Lebensunterhaltskosten anrechnen. Das sollte es im ganzen Land geben. Außerdem gibt es keine Versicherungen für einen Pandemie-Fall. Darüber müssen wir reden. Wir sind jetzt im Herbst 2020. Angenommen, ich fange an, ein kleines Festival für den Sommer 2021 zu planen und gehe in Vorleistung. Ich miete Räume, ich lade Künstler*innen ein, ich bezahle meine Leute, ich unterschreibe Verträge – und dann kann das im Sommer aus pandemischen Gründen nicht stattfinden?! Da habe ich keinen Versicherungsschutz. Wir müssen über eine staatliche Unterstützung für kulturelle Betriebe reden, die eine Art Versicherungsschutz darstellt.

Die Pandemie zeigt uns wie unter einem Brennglas alle Schwachstellen der Gesellschaft: im Gesundheitssystem, in der Bildung, im kulturellen Leben. Corona hat vielen bewusst gemacht, unter welchen Umständen Menschen leben und wirtschaften, Krankenpfleger*innen, Erzieher*innen, Kassierer*innen – und eben auch Künstler*innen. Vielleicht wäre das sogar das Gute an Corona: Wenn die Gesellschaft endlich lernte, alle wertzuschätzen und an ihrem Leben teilhaben zu lassen, auch und gerade am kulturellen.

Was jetzt an kultureller Vielfalt und Infrastruktur wegbriecht, droht dauerhaft verloren zu gehen. Wir halten dagegen – mit unserem 10-Punkte-Plan zur Rettung der Veranstaltungsbranche.

[gruene.de/10-punkte-plan](https://www.gruene.de/10-punkte-plan)

IGOR LEVIT

wurde 1987 in Nizhni Nowgorod geboren und zog im Alter von acht Jahren mit seiner Familie nach Hannover. Die New York Times bezeichnet ihn als einen der „bedeutendsten Künstler seiner Generation“. Levit begreift sich als ein politischer Mensch und schaltet sich aktiv per Twitter in aktuelle Debatten ein.

Jeanne Barseghian, Mitglied der französischen Grünen „Europe Ecologie Les Verts“ und Oberbürgermeisterin von Straßburg, über die grüne Welle in Europa und wie über die Landesgrenzen hinweg ein neues Europa entstehen kann.



„Jede Zeit hat ihre Farbe.“ Das Motto unserer grünen Schwesterpartei trifft auch auf Frankreich zu. Bei den Kommunalwahlen Ende Juni waren wir Grüne in sehr wichtigen Großstädten so erfolgreich wie noch nie. In Lyon, Marseille, Bordeaux, Besançon, Poitiers und Tours stellen *Les*

verts nun die Bürgermeister*innen. Mit 42,5 Prozent der Stimmen konnte ich mich in Straßburg gegen Alain Fontanel von der Macron-Partei „La République en Marche“ durchsetzen.

Die Erfolge unserer deutschen Schwesterpartei waren für mich im Wahlkampf eine große Motivation und Inspiration. Die Grünen sind in Deutschland seit Langem eine bedeutende Partei und sitzen in zahlreichen Regierungen und Parlamenten – in Baden-Württemberg, also direkt auf der anderen Seite des Rheins, stellen sie sogar den Ministerpräsidenten. Es ist den Grünen gelungen, in diesem Bundesland sehr viel zu bewegen. Fast im ganzen Land liegen sie bei Wählerumfragen auf Platz zwei.

Auch in Frankreich wächst das Umweltbewusstsein stark. Die Jugendklimabewegung und die Gelbwesten-Proteste haben die öffentliche Debatte über ökologische Fragen, Solidarität und Demokratie befeuert. Die Coronakrise hat diesen Trend noch verstärkt. Umwelt, Klima und Gesundheit rücken im Bewusstsein der Menschen noch deutlicher in den Mittelpunkt.

In Straßburg sind wir entschlossen, auf die drei großen Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren: die ökologische Herausforderung, weil wir garantieren müssen, dass jeder in den kommenden Jahrzehnten in unserer Region leben kann, und wir die Einwohner*innen vor den Folgen des Klimawandels schützen müssen; die soziale Herausforderung, weil wir den Bedürfnissen der Einwohner*innen gerecht werden, die Armut bekämpfen und soziale Gerechtigkeit fördern müssen; die demokratische Herausforderung, weil wir den Erwartungen unserer Mitmenschen gerecht werden, ihnen eine Stimme und die Mittel zum Handeln geben und mit ihnen gemeinsam eine Kommunalpolitik entwickeln müssen.

Lösungen für die Zukunft müssen wir auch über Ländergrenzen hinweg gemeinsam finden und umsetzen: Das betrifft den Energiesektor, die Landwirtschaft, aber auch die Mobilität. Es gibt so viel zu tun. Wenn also die deutschen Grünen in ihrem Grundsatzprogramm von „einer perspektivischen Entwicklung hin zur Föderalen Europäischen Republik“ sprechen, unterstütze ich das aus vollem Herzen. Auch ich bin für eine starke Europäische Union und vor allem für ein stärkeres Europäisches Parlament. Diese Institution vertritt die europäischen Bürger*innen und muss an Bedeutung gewinnen.

Für mich selbst ist Europa schon immer gelebte Realität. Ich bin Französin, aber vor allem Europäerin. Einen Teil meines Studiums habe ich in Deutschland absolviert. Seit vielen Jahren engagiere ich mich beruflich in deutsch-französischen Projekten. Mein Lebenspartner ist Deutscher, und ich wohne seit 20 Jahren in Straßburg, einer europäischen Metropolregion. Einer Stadt, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Symbol für den Frieden zwischen den Menschen Europas wurde.

Gemeinsam können wir europäischen Grünen dafür sorgen, dass die grüne Welle, die derzeit große Teile Europas erfasst hat, noch mehr Druck aufbauen wird. Dann können wir auf lokaler Ebene mehr bewegen, aber auch als grüne Parteien noch stärker kooperieren und zu einer ökologisch-sozialen Politik beitragen. Wir gehören längst zu einer gemeinsamen transnationalen Region. In Straßburg ist der Rhein eben keine Grenze, sondern eine starke Verbindung. Dass wir zusammengewachsen sind, war besonders auch spürbar, als die Grenzen im Frühling wegen der Pandemie geschlossen wurden. Die Lage von Tausenden von Familien wurde durch diese Maßnahmen sehr erschwert. Auch der Umweltschutz kennt keine Grenzen. Wir atmen die dieselbe Luft, trinken dasselbe Wasser. Aus diesem Grund waren die ersten ökologischen Proteste in dieser Region stets von deutsch-französischen Bewegungen getragen: gegen Atomkraftwerke und für den Schutz der Wasserqualität des Rheins.

Als Oberbürgermeisterin von Straßburg will ich die Kooperationen mit anderen Großstädten am Oberrhein verstärken. Länderübergreifend. Ich wünsche mir, dass Straßburg und Karlsruhe, Freiburg und Stuttgart, aber auch Basel noch enger zusammenarbeiten werden. Die Stärkung unserer gemeinsamen Kultur, die Förderung der Zweisprachigkeit, die Unterstützung von Künstler*innen: Uns bieten sich so großartige Möglichkeiten! In dieser Zeit der Klima- und Gesundheitskrise müssen wir uns mehr denn je füreinander öffnen und diejenigen ermutigen, die neue Brücken über den Rhein bauen.

Natürlich braucht jeder Wandel Zeit und sehr viel Diskussion. Wir müssen den Menschen unsere Politik erklären, aber wir müssen sie auch Schritt für Schritt umsetzen – und entschlossen gemeinsam vorangehen. „Jede Zeit hat ihre Farbe.“ Machen wir Europa grüner, solidarischer und demokratischer.

JEANNE BARSEGHIAN

geboren 1980, studierte Rechtswissenschaft an den Universitäten Paris-Nanterre, Münster und Potsdam. Die armenischstämmige Politikerin war beratend für verschiedene Umweltschutzverbände tätig und gehörte dem Stadtrat der Eurométropole de Strasbourg an, ehe sie im Sommer 2020 zur Oberbürgermeisterin von Straßburg gewählt wurde.

ZUSAMMEN VORANGEHEN



Annkathrin Schäfer (unten links), Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit und grüne Wahlkampfmanagerin, bei der Abstimmung mit ihrem Team.



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Daten und Fakten über öffentliche Räume und Netze

INFRASTRUKTURATLAS

Daten und Fakten über öffentliche Räume und Netze 2020



Download und Bestellung:

boell.de/infrastrukturatlas

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Der **Infrastrukturatlas** illustriert in 19 Beiträgen mit zahlreichen Infografiken Infrastrukturen als Querschnitt unseres gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens, von Glasfaserkabeln über Fahrradwege bis hin zu Kitas, Schwimmbädern und Theatern.

„Wie wir heute unsere Infrastrukturen gestalten, entscheidet maßgeblich darüber, wie wir morgen leben.“

Öffentliche Infrastrukturen eröffnen, wenn sie funktionieren, Teilhabechancen für alle. Sie sind der Schlüssel für eine ökologisch-soziale Transformation und vor allem sind sie eine politische Gestaltungsaufgabe. Nach Jahren einer «Republik auf Verschleiß» steht die Erneuerung unserer Infrastrukturen an. Es gibt viel zu tun.



Podcast zum Thema

boell.de/infrastrukturatlas-podcast

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin



EUROPAGRUPPE GRÜNE

Von Chancen handeln unsere Europaseiten. Rasmus Andresen erläutert, warum sich die zähen Verhandlungen zum EU-Haushalt gelohnt haben – wohingegen Jutta Paulus und Martin Häusling verpasste Chancen bei der EU-Methanstrategie und der EU-Agrarpolitik beschreiben.

Der Digital Services Act, so Alexandra Geese, bietet den Bürger*innen große Chancen. Anna Deparnay-Grunenberg schreibt von den Chancen für den Wald der Zukunft. Schließlich beleuchtet Katrin Langensiepen, welche Chancen die EU gegenüber Syrien nutzen muss.

Wir setzen uns dafür ein, diese Chancen zu nutzen!

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE



Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

AGRARPOLITIK CHANCE VERPASST

Wer dachte, EU-Kommission, Mitgliedstaaten und EU-Parlament würden die Ankündigungen zum Green Deal ernst nehmen, hat sich geirrt. Konkrete Zielvorgaben des Green Deals, wie zum Beispiel 30 Prozent Reduktion der Klimagase, 50 Prozent weniger Pestizide auf den Äckern, 50 Prozent Verringerung der Nährstoffverluste und 50 Prozent weniger Antibiotika in der Tierhaltung, finden sich weder im Vorschlag der EU-Mitgliedstaaten zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) noch im GAP-Bericht des Europäischen Parlaments wieder. Wer den wenig ambitionierten Vorschlag des letzten EU-Agrarkommissars kennt, hätte nicht für möglich gehalten, wie sehr die Agrarlobbyist*innen im Europaparlament diesen Vorschlag noch verwässern könnten – aber es ist passiert.

Darüber hinaus wird an einigen Stellen der verschiedenen Reformvorschläge der Schutz der Umwelt zurückgeschraubt. Das betrifft den Schutz von Feuchtgebieten und Mooren sowie von Natura 2000-Flächen. Das wenig ambitionierte Budget von 20 Prozent, das die EU-Mitgliedstaaten für Ökoleistungen zur Verfügung stellen wollen, unterbietet sogar den Vorschlag des Europäischen Parlaments von enttäuschenden 30 Prozent. Beide Vorschläge sind nichts weiter als eine Farce! Die Verhandlungen zwischen EU-Parlament, EU-Kommission und den EU-Mitgliedstaaten sollen noch in diesem Jahr beginnen und trotz verschärfter Coronabedingungen durchgeführt werden. Klar ist, dass die schwarz-rote Bundesregierung, namentlich Landwirtschafts- und Ernährungsministerin Julia Klöckner (CDU), die Chance sieht, unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und noch vor der Bundestagswahl 2021 den Sack für die kommenden sieben Jahren zuzumachen, um einer grünen Korrektur zu entgehen.

„Konservative, Sozialist*innen und Liberale im Europaparlament lassen gegenüber unseren Ökosystemen eine komplette Realitätsverweigerung walten.“

Wir Grüne im Europaparlament werden dagegenhalten und die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen weiter antreiben, damit sie ins Geschehen eingreift und endlich Farbe bekennt. Wenn das nicht geschehen sollte, ist die Chance vertan, eine Wende in der EU-Agrarpolitik herbeizuführen – ein Versagen mit großen Auswirkungen!



MARTIN HÄUSLING

Die Reform der EU-Agrarpolitik ist eine verpasste Chance! Viele Ansätze für Umwelt- und Klimapolitik sind nicht konsequent umgesetzt.



SYRIEN NICHT WEGSCHAUEN

Syría is not safe! Diese simple Formel gilt immer noch, auch wenn der Krieg momentan eingefroren scheint und die mediale Aufmerksamkeit andere Themen in den Fokus rückt. Ein Jahrzehnt Krieg, ein komplett zerbombtes und wirtschaftlich zerstörtes Land, über zehn Millionen Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, über fünf Millionen Geflüchtete in den Nachbarländern. Tausende Menschen wurden in den berüchtigten Gefängnissen des Regimes umgebracht, wie zum Beispiel im Saindaya-Gefängnis. Zehntausende wurden verhaftet, gelten als vermisst und leben in der ständigen Angst, gefoltert oder getötet zu werden.

„Die Welt schaut weg, auch wenn die Foltermaschine des Regimes weiterläuft. Mit Kriegsverbrecherprozessen muss die EU zur Aufklärung beitragen.“

Kriegsverbrechen müssen durch ein internationales Syrien-Straftribunal aufgearbeitet werden. Doch diese Option wird im UN-Sicherheitsrat blockiert. Die Niederlande versuchen, vor dem Internationalen Gerichtshof einen Prozess gegen Syrien auf Grund der Verletzung der UN-Antifolterkonvention anzustrengen. Deutschland sollte seine EU-Ratspräsidentschaft nutzen und alle EU-Mitgliedstaaten ermutigen, dieses Vorhaben zu unterstützen. Kriegsverbrechen verjähren nicht und alle EU-Staaten sollten, wenn es um die Suche nach Kriegsverbrechen und Ahndung der Taten geht, maximal kooperieren. Denn Verbrechen dieser Art können nach dem Weltrechtsprinzip an jedem Ort, auch in Deutschland, zur Anklage gebracht werden.

Der Staatsfolterprozess in Koblenz gegen zwei syrische Geheimdienstmitarbeiter zeigt dies seit April dieses Jahres eindrücklich und in bedrückender Detailtiefe. Vergleichbare Verfahren laufen in Frankreich, Österreich, Schweden und auch in Norwegen. Sie zeigen, dass europäische Rechtsstaatlichkeit funktioniert und selbst auch der Versuch, Gerechtigkeit in Ansätzen herbeizuführen, Hoffnung gibt. Hoffnung für diejenigen, die geflohen sind als Folteropfer, Drangsaliertere oder Unterdrückte.

Zugleich bedeutet das, dass Aussagende in diesen Prozessen einen besonderen Zeugenschutz brauchen. Und es heißt insgesamt, dass Geflüchtete nicht in Kriegs- und Krisengebiete abgeschoben werden dürfen. Vor allem nicht, wenn die Foltermaschinerie in den Gefängnissen Syriens weiterläuft. Damit erübrigt sich auch die halbjährlich wiederkehrende Abschiebedebatte der Konferenz der deutschen

Innenminister*innen. Denn Syrien ist kein sicherer Staat – auf Dauer.



KATRIN LANGENSIEPEN

Für die Grüne/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament bin ich für Syrien zuständig und beobachte den Staatsfolterprozess in Koblenz.

EU-METHANSTRATEGIE ENTTÄUSCHUNG

Wir brauchen endlich bindende Maßnahmen zur Verminderung der Methanemissionen. Doch die neue EU-Methanstrategie macht deutlich, dass die Europäische Kommission offenbar nicht bereit ist, Reduktionsziele für das Klima- und gesundheitsschädliche Gas festzulegen. Dabei müssen wir, wenn wir die Pariser Klimaziele erreichen wollen, den Methanausstoß schnellstmöglich verringern. Ironischerweise bestätigt das die Kommission in ihrer Strategie selbst: Für ein EU-Klimaziel von 55 oder 60 Prozent müssen die Methanemissionen um mehr als 30 Prozent verringert werden. Trotzdem kündigt sie keine wirksamen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels an.

Methan ist ein potentes Treibhausgas, das unser Klima über einen Zeitraum von 20 Jahren 84-mal so stark schädigt wie CO₂. Ein Viertel der Klimaerwärmung wird bereits heute durch Methan verursacht. Der Mensch ist für 59 Prozent des Methanausstoßes verantwortlich. Davon entfällt in der EU mehr als die Hälfte auf die Landwirtschaft, gefolgt von einem Viertel aus der Abfallwirtschaft und einem Fünftel aus dem Energiesektor. Studien legen allerdings nahe, dass bei der Gas- und Ölförderung viel mehr Methan entweicht als bisher angenommen. Methan führt auch zur Bildung von gesundheits- und umweltschädlichem bodennahem Ozon. Laut Europäischer Umweltagentur sterben jährlich bis zu 16.000 Menschen in der EU frühzeitig an den Folgen der Ozonbelastung.

„Statt entschlossener Maßnahmen in allen betroffenen Sektoren möchte die Kommission zunächst nur mehr Daten sammeln. Dabei wissen wir, dass Daten allein noch keine Emissionen senken.“

Die Kommission will nur die Emissionen aus der Förderung von Öl und Gas und aus Kohleminen mit Gesetzesinitiativen angehen. In der Landwirtschaft stammen 80 Prozent des Methanausstoßes aus der Tierhaltung. Ohne eine Verminderung der Tierbestände werden wir diese Emissionen nicht reduzieren können! Statt auf Futterzusätze und Züchtungen zu setzen, sollte die Kommission in der Gemeinsamen Agrarpolitik Anreize für eine flächengebundene Tierhaltung schaffen.

Besonders besorgniserregend ist der Anstieg von Methanemissionen aus der Biogasproduktion mit Anbau-Biomasse. Nahrungsmittel und Tierfutter für die Energiegewinnung zu verwenden, wird doppelt absurd, wenn dadurch auch noch mehr Treibhausgase entstehen. Die Kommission muss deshalb schnellstmöglich die Richtlinie zu Erneuerbaren Energien überarbeiten. Im Energiemix der Zukunft spielt Biogas eine wichtige Rolle, muss aber auf die Verwertung von Rest-Biomasse, Gülle und Abfällen beschränkt werden.



JUTTA PAULUS

Klima- und Gesundheitsschutz haben höchste Priorität. Doch der Vorschlag für eine EU-Methanstrategie enttäuscht auf ganzer Linie.



EU-HAUSHALT KLIMAGERECHT!

Die Verhandlungen über das größte Finanzpaket der EU-Geschichte mit einem Volumen von circa 1,8 Billionen Euro waren bis zum Schluss sehr zäh. Es ging nicht nur um die 1,8 Billionen Euro, sondern auch darum, wie wir den Corona-Wiederaufbau klimagerecht machen, ökonomische Instrumente als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise bekommen und gemeinsam in Gesundheitsversorgung investieren.

Das Europäische Parlament hat – mit meiner Beteiligung als Grüner und einziger Deutscher im Verhandlungsteam – für eine Aufstockung des Gesundheitsprogramms, für das Erasmus-Programm, für das Forschungsprogramm „Horizon“ und für das Menschenrechtsprogramm „Rights and Values“ erstritten, nachdem die EU-Mitgliedstaaten massiv gekürzt hatten.

Das Europaparlament hat sich gegenüber den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission für die Einführung neuer Eigenmittel stark gemacht, die einerseits dazu dienen, die Kosten des Corona-Wiederaufbauinstruments teilweise zu decken, andererseits eine grüne Hebelwirkung haben. Dazu gehören die Plastiksteuer, die bereits 2021 eingeführt wird, die Finanztransaktionssteuer, eine CO₂-Grenzausgleichssteuer und eine Digitalsteuer. Wir haben uns auf verbindliche Fahrpläne zur Einführung verständigt. Grundlage für den EU-Haushalt wird ein starker Rechtsstaatsmechanismus, der dafür sorgen kann, dass Orbán & Co. künftig bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit von der EU finanziell sanktioniert werden können.

„Die zähen Verhandlungen zum EU-Haushalt haben sich gelohnt!“

Als großen Erfolg können wir Grüne das festgesetzte Klimaziel von 30 Prozent verzeichnen. Besonders zäh waren die Verhandlungen mit der EU-Kommission um das Ziel, zehn Prozent der Mittel in Biodiversität zu investieren. Dieses Ziel soll in den kommenden Jahren in zwei Schritten erreicht werden. Außerdem soll die EU-Kommission unter Kontrolle des Europaparlaments klimaschädliche Projekte nach und nach komplett aus dem Haushalt streichen. Für Klimainvestitionen und Biodiversität sollen Mechanismen entwickelt werden, damit unsere Ziele nicht zum „Greenwashing“ verkommen. Dazu haben wir Pilotprojekte und eine Gender-Folgenabschätzung für den Haushalt vereinbart.

Die EU-Mitgliedstaaten waren kurzichtig und es wurde deutlich, dass es mehr europäische Solidarität und Investitionen in die Zukunft nur in Verhandlungen gegen die EU-Mitgliedstaaten gibt. Dies ist auch eine entscheidende Aufgabe für uns im kommenden Jahr.



RASMUS ANDRESEN

Ich bin der Grüne und einzige Deutsche im Verhandlungsteam des Europaparlaments für den EU-Haushalt.

DIGITAL SERVICES ACT GEGEN SPALTER

Die bisher größte Umfrage unter Kommunalpolitiker*innen zur Erfahrung mit Gewalt zeichnet ein erschreckendes Bild: 64 Prozent der Bürgermeister*innen wurden schon einmal beleidigt, tätlich angegriffen oder bedroht. Fatal erscheint besonders, dass fünf Prozent der Befragten wegen dieser Vorfälle nicht erneut kandidieren wollen. Was bedeutet das für unsere Demokratie, wenn sich Menschen, die mit viel Idealismus und oft ehrenamtlich angetreten sind, zurückziehen?

„Wir wollen nicht, dass Mark Zuckerberg darüber entscheidet, was wir sehen und was nicht.“

Woher kommt so viel Hass? Warum wählen mehr Menschen die persönliche Attacke statt konstruktiver Vorschläge? Eine Antwort lautet: Weil zwischen uns Zwietracht gesät wird. Die großen Onlineplattformen polarisieren bewusst, sie hetzen auf und verbreiten extreme Inhalte, weil sie die Nutzer*innen damit länger auf ihren Seiten halten können. Und Zeit bedeutet Geld.

Die Lösung kann nicht sein, dass große Plattformen noch mehr nach eigenem Gutdünken Beiträge löschen oder zensieren, wie manche konservative Politiker*innen empfehlen. Wir wollen ihr Geschäftsmodell ändern. Das Ausmaß schädigender Einflüsse zeigt eindrücklich die Netflix-Dokumentation „The Social Dilemma“. Ziel ist es, dass möglichst viele Menschen Einblick in die Mechanismen erhalten und verstehen, wie Tech-Unternehmen ihre Nutzer*innen manipulieren, wie Like-Buttons, automatische Videoempfehlungen und gezeigte Inhalte uns unbewusst süchtig machen.

Wir brauchen ein Gesetz, das unsere Demokratie schützt und vor einer harten Auseinandersetzung nicht zurückscheut. Dieses Gesetz wird der Digital Services Act sein. Denn unsere Demokratie ist mehr wert als die Profite der Internetgiganten.

Wir wollen personalisierte Onlinewerbung verbieten, die unser Verhalten analysiert, speichert und ungefragt an Unternehmen verkauft. Derartige Praktiken schaden unserer Demokratie, weil sie ungefragt riesige Datenmengen verknüpfen, die leicht von politischen Akteuren genutzt werden können, um zu manipulieren. Sie ersetzt immer mehr kontextbasierte Werbung, die traditionell die finanzielle Grundlage unserer Qualitätsmedien ist und denen es immer schwerer fällt, guten Journalismus zu finanzieren. Zentral ist unsere Forderung nach Transparenz über die Mechanismen, mit denen Beiträge verbreitet werden. Nur dadurch können wir darüber eine gesellschaftliche Debatte führen und Hass, Hetze und Desinformation den Nährboden zu entziehen.



ALEXANDRA GEESE

Der Digital Services Act mischt in Europa die Karten für Onlinedienste wie Google, Facebook oder Amazon neu.



WALD DER ZUKUNFT RETTEN, WAS UNS ERHÄLT!

Der Wald ist ein Sehnsuchtsort vieler Menschen. Wir finden Ruhe und Erholung bei Spaziergängen und können im Wald Energie tanken und wortwörtlich aufatmen. Wälder bieten gleichzeitig ein großes Potenzial zur CO₂-Senkung und dienen ebenfalls als Wasserspeicher. Somit beeinflussen sie das Klima positiv. Sie beheimaten einen Großteil der Tier- und Pflanzenarten und sind für den Erhalt der Biodiversität nicht wegzudenken. Das Holz kann – wo sinnvoll – fossile durch erneuerbare Ressourcen ersetzen. Damit sind Wälder unsere besten natürlichen Alliierten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrise.

„Die Waldwirtschaft der Zukunft muss zusammen mit dem Green Deal und der EU-Biodiversitätsstrategie gedacht werden. Denn nur artenreiche, funktionierende Waldökosysteme können dauerhaft viel CO₂ binden und bringen gesunde Bäume hervor.“

Doch unsere Wälder in Deutschland und Europa sind gleichzeitig auch die ersten Opfer von Hitze, Dürre und extremen Wetterereignissen. Darum erfordert eine nachhaltige Bewirtschaftung weitaus mehr als die alleinige Sicherstellung der Holzmengen. Vielmehr muss die Nutzung von Wäldern gewährleisten können, dass die biologische Vielfalt und Vitalität des Ökosystems erhalten bleiben. Unser Ziel muss es deshalb sein, Wälder widerstandsfähiger zu machen, so dass sie der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz betreiben können. Die Pflanzung europäischer Baumarten und eine naturnahe Bewirtschaftung sind der Schlüssel, um unsere biologische Vielfalt zu erhalten und die Vegetationsverschiebung zu unterstützen. Nur so können unsere Wälder unter den neuen klimatischen Bedingungen, die aus dem Klimawandel resultieren, auch langfristig überleben.

Ein „Weiter-so“ schadet allen – auch der Forstwirtschaft und der Holzindustrie.

„Wir tragen als Europäer*innen durch unsere Ernährung oft unbewusst zur weltweiten Entwaldung bei. Das muss die EU gesetzlich unterbinden.“

Wir müssen unsere Verantwortung für die europäischen Wälder sehr ernst nehmen und brauchen ambitionierte gesetzliche Vorgaben, um unsere Wälder zu schützen. Die Waldwirtschaft der Zukunft muss deshalb zusammen mit dem Europäischen Green Deal und der EU-Biodiversitätsstrategie gedacht werden. Förster*innen und Waldbesitzer*innen müssen in die partizipativen Prozesse einbezogen werden, wie beispielsweise in Stuttgart mit dem Waldbeirat und in Freiburg mit der Entwicklung einer Waldkonvention.

Für das Jahr 2021 hat die EU-Kommission eine neue EU-Waldstrategie angekündigt. Wie die Europäische Kommission sind wir Grüne davon überzeugt, dass die EU auch im Bereich Wald- und Forstwesen durchaus Mindeststandards und Leitlinien vorgeben kann und sollte, um so die Mitgliedstaaten zu Schutzmaßnahmen und Waldumbau zu verpflichten. Eine künftige EU-Forststrategie sollte zusätzlich zu ehrgeizigen Zielen und Maßnahmen auch den Austausch bewährter Praktiken für den angemessenen Schutz, den Erhalt und die Restaurierung und Wiederaufforstung von Wäldern fördern. Dazu braucht es eine allgemeingültige und rechtskräftige Definition der nachhaltigen Waldbewirtschaftung auf EU-Ebene und eine langfristige und klimawirksame Holzbaustrategie.

Durch globale Handelsketten tragen wir über unsere europäischen Grenzen hinaus Verantwortung für den Erhalt der Wälder. Deshalb ist es wichtig, dass wir konsequent die Zusammenhänge zwischen unserem Konsum und der Waldzerstörung weltweit verdeutlichen. Vor allem die Massenproduktion von Fleisch bringt eine komplexe Verflechtung von Problemen mit sich. Für den Anbau von Futtermitteln (vor allem Soja) werden riesige Flächen Regenwald gerodet und Indigene von ihrem Land vertrieben. Ein effizientes und funktionierendes

Lieferkettengesetz ist die Voraussetzung, um Umweltverbrechen, Ausbeutung und moderne Sklaverei zu bekämpfen. Dafür werden wir uns auch 2021 mit aller Kraft einsetzen und auch auf die verpflichtende Sorgfaltspflicht für Unternehmen in der Holzlieferkette bestehen. Im Licht dieser Erkenntnisse muss die EU auch das Mercosur-Handelsabkommen neu bewerten.

„Waldwirtschaft der Zukunft muss Gemeinwohl fördern.“

Die von der grünen Bundestagsfraktion erarbeitete Idee eines Waldzukunftsfonds, der den Aufbau von naturnahen und klimastabilen Wäldern fördert, ist notwendig, um die Waldbesitzer*innen bei der Mammutaufgabe Waldumbau zu unterstützen. Öffentliche Fördermittel müssen streng an das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ und gleichermaßen an ökologische Kriterien gebunden werden. Die Gemeinwohlabgrenzung wie sie bereits von der Forst-BW praktiziert wird, bietet da einen ganzheitlichen Ansatz.

Unsere Wirtschaft wie auch die Waldwirtschaft muss sich an neuen Prinzipien orientieren. Gesellschaftliche Werte – dazu gehören Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitbestimmung – und betriebliche Wirtschaftlichkeit müssen endlich zusammen gedacht werden.



ANNA DEPARNAY-GRÜNENBERG

Als Forst- und Umweltwissenschaftlerin liegt mir die Zukunft unserer Wälder sowie der Erhalt unserer biologischen Vielfalt besonders am Herzen.

ES BEGINNT #MITDIR

Klimakrise, Corona, die Situation der Menschen in Moria – manchmal fühlt sich die Lage der Welt hoffnungslos an. Doch auch die Bündnisse werden immer stärker: „Fridays for Future“, #BlackLivesMatter und #LeaveNooneBehind – die Themen sind vielfältig, das Ziel ist eines: Veränderung.

Gemeinsam mit all denen, die sich für eine gerechte, offene und grüne Welt einsetzen, wollen wir uns auf den Weg machen: Vernetzung, Austausch, voneinander lernen, miteinander aktiv sein – egal wo du wohnst, wie alt du bist, ob du Mitglied bei den Grünen

bist oder nicht. Veränderung fängt immer irgendwo an. **Unsere Kampagne beginnt #mitdir.**

Wir tauschen uns in Webinaren mit Expert*innen aus – inhaltlich zu Themen wie Klimaschutz, Feminismus und Geflüchtetenpolitik. Praktisch erarbeiten wir uns Skills für Aktionen auf der Straße, aber auch für Online-Kampagnen.

Schon über 4.000 Menschen wollen sich gemeinsam aktiv für Veränderung einsetzen – mit Workshops, Insta-Lives und vielem mehr – online und offline. Du hast zahlreiche Möglichkeiten, wie du Teil der Bewegung sein kannst. Die Zeit für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ist jetzt!

Wir wollen uns stark machen für das, was uns am Herzen liegt. Bist du dabei? Unter [gruene.de/mitdir](https://www.gruene.de/mitdir) findest du weitere Infos zur Kampagne.

ANZEIGE



grüne SACHWERTE
ökologische Geldanlagen

**Investieren Sie jetzt
in die Energiewende!**

Wir bieten Ihnen Investitionen in Wind- und Solarparks in Deutschland und Europa an.



- ✓ Wirtschaftlich attraktiv
- ✓ Ökologisch sinnvoll
- ✓ Langjährige Erfahrung

Neue Angebote ab 5000€ bei Grüne Sachwerte.
Energiewende machen wir gemeinsam.

Infos: T. 0421- 59 64 79 60 · www.gruene-sachwerte.de



Es beginnt mit dir! Wir freuen uns über alle, die mit uns für eine offene Gesellschaft und für eine grüne Zukunft kämpfen. Mach mit!



PLAKAT.GRUENE.DE

DEIN PLAKAT FÜR DIE LANDTAGS- WAHLEN.

Am 14. März 2021 sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Hilf uns dabei, noch mehr Menschen zu erreichen:
Spende jetzt grüne Plakatpräsenz bei Dir vor Ort.
Oder buche Plakate für Deine Gliederung.

Wähle jetzt Deinen Wunschstandort unter plakat.gruene.de.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Impressum

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift

Nr. 19, ISSN 2509-3193

Postvertriebszeichen: A02908

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Michael Kellner

Politischer Bundesgeschäftsführer

V.i.S.d.P.: Annkathrin Schäfer

Redaktion, Gestaltung, Produktion:

Anzinger und Rasp, München

Redaktion: Alexandra Bürger (Leitung),

Gero Günther

Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:

E-Mail: magazin@gruene.de

Redaktion: Das Magazin der Grünen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Triftstraße 13, 80538 München

Anzeigenverwaltung:

Runze & Casper Werbeagentur GmbH

Ruth Hansmann

Liniestraße 214, 10119 Berlin

Tel.: 030/28 01 80-145

E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:

107.000 Exemplare

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG,
Kassel, auf 100% Recyclingpapier.

Den Auflagen von Baden-Württemberg,
Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-
Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-
Holstein und Thüringen liegen Zeitun-
gen der Landesverbände oder Land-
tagsfraktionen bei.

Der Gesamtauflage liegt ein Beileger
der Ökoworld AG bei.

Jahresabonnement:

Vier Ausgaben: 11,90 Euro

Bestellung schriftlich an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abo/Magazin

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint

voraussichtlich am 15. April 2021.



Das Kochbuch vom Greenpeace Magazin

Estella Schweizer präsentiert mehr als 75 smarte vegane Rezepte für alle, die sich genussvoll, gesund und klimafreundlich ernähren möchten. Inklusive praktischer Einkaufstipps und vieler Infos rund um die pflanzliche Küche

Jetzt bestellen unter 040/808 128 076
oder online auf warenhaus.greenpeace-magazin.de